

20. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft am 28.11.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

nicht so fortgeschritten gewesen sei wie in der heutigen Zeit, in der man den Klimawandel sozusagen live miterlebe in Form von Dürren, Starkregenereignissen, Hochwasser usw.. Des Weiteren sei mit der beantragten Auslobung eines Umweltpreises eine ganz andere Zielrichtung verbunden. Diese sei durchaus projektbezogen, z. B. wenn Bewohner eines Mehrfamilienhauses ihre Balkone mit Pflanzen ausstatteten, die Insekten anlockten. Außerdem habe es eine gewisse Öffentlichkeitswirkung, wenn ein solcher Umweltpreis durch den Landrat verliehen werde. Dadurch könne man die Menschen zur Nachahmung animieren. Er äußerte sich enttäuscht über das zögerliche Verhalten anderer Fraktionen.

SkB Smielick widersprach dahingehend, dass es in der Vergangenheit sehr wohl schon ein ausgeprägtes Umweltbewusstsein gegeben habe. Allerdings sehe auch er in der erneuten Auslobung eines Umweltpreises speziell gerichtet an Kindergärten und Schulen die Chance, die junge Generation stärker für Umweltbelange zu sensibilisieren. Hierfür bedürfe es aber eines ausgereiften Konzeptes, weswegen er eine Verschiebung der Abstimmung anrege.

Dezernent Schwarz sowie Abg. Albrecht wiesen darauf hin, dass der Antrag nicht verlagert werden könne, da es sich um einen Antrag zum Haushalt 2019/2020 handle.

Vorsitzender Abg. Dr. Griese rief sodann zur Abstimmung auf.

B.-Nr.
73/18

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft empfiehlt dem Finanzausschuss, den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 12.11.2018 abzulehnen.

Abst.-
Erg.:

MB ./ SPD, FDP, LINKE bei 2 E (AfD, FUW/Piraten)

5.1	Haushalt 2019/2020: Auflösung der Klimaschutzstelle (Antrag AfD vom 16.11.2018)	
-----	---	--

Abg. Rothe plädierte dafür, die bei der beantragten Auflösung der Klimaschutzstelle eingesparten Gelder für Naturschutzprojekte zu verwenden. Örtliche Bemühungen wie z. B. seitens des Kreises hätten keinen Einfluss auf das Klima. Außerdem sei die Energieagentur eine Konkurrenz zu den bereits vorhandenen Ansprechpartnern wie Verbraucherzentralen, Energieberater, Architekten usw..

Abg. Hoffmeister wies die Ausführungen seines Vorredners als provokant zurück.

SkB Schön erklärte, dass er es für irrwitzig halte, die örtliche Einflussnahme auf das Klima durch Verringerung des CO₂-Ausstosses trotz einer Vielzahl seriöser und ernstzunehmender wissenschaftlicher Untersuchungen zu verleugnen, und plädierte daher für die Ablehnung des vorliegenden Antrages.

Abg. Dr. Kuhlmann nahm Bezug auf seine in früheren Sitzungen vorgetragene Haltung zur Energieagentur, die er nach wie vor für teuer und ineffizient halte. Die linksrheinischen Kommunen hätten nicht die Absicht, der Energieagentur beizutreten, weil auch sie festgestellt hätten, dass Kosten und Nutzen in keinem vernünftigen Verhältnis stünden. Daher plädiere er für eine Zustimmung zu dem vorliegenden Antrag.

20. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft am 28.11.2018		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Vorsitzender Abg. Dr. Griese rief sodann zur Abstimmung auf.

B.-Nr. **Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft empfiehlt dem**
74/18 **Finanzausschuss, den Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 16.11.2018 abzu-**
 lehnen.

Abst.-
Erg.: **MB ./ AfD, FDP**

6	Förderung der Energieagentur Rhein-Sieg e.V. für das Kalenderjahr 2019	
---	--	--

Vorsitzender Abg. Dr. Griese verwies auf die Verwaltungsvorlage und bat um Wortmeldungen.

Abg. Schmitz fragte nach dem aktuellen Sachstand im Hinblick auf das Kommunale Energiemanagement sowie nach Aktivitäten hinsichtlich der Akquirierung weiterer Kommunen.

Abg. Studthoff schloss sich den Fragen ihres Vorredners an und erkundigte sich darüber hinaus, wie die Energieagentur im Jahr 2018 angelaufen sei, insbesondere wie das Angebot von den beteiligten Kommunen nachgefragt worden sei, welche Anzahl von Beratungen es gegeben habe, wo Beratungsschwerpunkte gelegen hätten und ob sich Ansätze abgezeichnet hätten, dass in den Kommunen vertiefend daran weitergearbeitet werden könne.

Dezernent Schwarz erklärte, dass Grundlage der vorliegenden Befassung zunächst die Finanzplanung des kommenden Jahres sei, also der Blick in die Zukunft gerichtet werde. Der Verlauf des Jahres 2018 werde im Rahmen eines Verwendungsnachweises, der Ende des Jahres zu erbringen sei, dokumentiert. Daher werde zu den berechtigten Fragen nach den Aktivitäten im laufenden Jahr 2018 in aller Ausführlichkeit nächstes Jahr im Ausschuss berichtet.

Herr Schmidt führte aus, dass es im Bereich Energieberatung inzwischen über 40 Veranstaltungen wie z. B. Vorträge, Workshops, Aktionsstände in den Kommunen, Bildungsaktionen in Grundschulen sowie etliche Beratungen gegeben habe. Schwerpunkt der Beratungen sei im Sommer der Solarstrom-Check gewesen. Des Weiteren habe die Energieagentur die Aktion Energiesparherbst Rhein-Sieg 2018 eingeführt. Genaue Zahlen stünden erst zum Jahresende zur Verfügung.

Mit Beginn der Energieagentur sei Ziel gewesen, für die Kommunen möglichst schnell einen Nutzen zu bringen. Daher habe man begonnen, die Liegenschaften zu begehen und die Agentur selbst mit Fachwissen und Personal aufzubauen. Parallel hierzu habe die Bundesregierung die Kommunalrichtlinie überarbeitet. Anfang 2019 würden genau die Projekte, die die Energieagentur vorbereite, in sehr großer Ähnlichkeit gefördert. Vergangene Woche seien die kommunalen Liegenschaften in Königswinter und Lohmar untersucht worden. Mit allen Kommunen seien Listen erarbeitet worden, welche Liegenschaften in Frage kämen. Nach den Begehungen seien erste Energiesparpotentiale aufgelistet worden. Das sei durch einen externen Dienstleister erfolgt. Ende des Jahres würde die Energieagentur entsprechende Berichte dazu fertigen, so dass über die Sparpotentiale gesprochen werden könne, vor allem im Energiecontrolling, also der kommunalen Überwachung. Im Rahmen des Kommunalen Energiemanagements seien noch vier Kommunen für den Zeitraum ab